

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses

Gesetz zur Neufassung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung (JAPG)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 42. Sitzung am 7./8. Dezember 2022 den Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung (JAPG) in erster Lesung beschlossen und zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf enthält eine Überarbeitung und Neustrukturierung der JAPG-Vorschriften bis einschließlich der Regelungen zur ersten juristischen Prüfung sowie Anpassungen bei den Normen über den juristischen Vorbereitungsdienst. Der Gesetzestext, die zugehörige Synopse, die Stellungnahmen sowie die wichtigsten Änderungen im Überblick können der Mitteilung des Senats vom 22. November 2022 (Drucksache 20/1677) entnommen werden.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 10. Januar 2023 beraten und hat diesem mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der Gruppe L.F.M. und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP zugestimmt.

Der Rechtsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag):

1. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Entwurf des Gesetzes zur Neufassung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung in zweiter Lesung.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Rechtsausschusses zur Kenntnis.

Antje Grotheer
Vorsitzende